

## **Resolution**

### **Minden wird sicherer Hafen**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Stadt Minden bekennt sich zu ihrer Verantwortung, Menschen zu helfen und in unserer Stadt Schutz zu gewähren, die durch Krieg, Verfolgung und andere Notlagen ihre Heimat verlassen haben und in Europa bzw. Deutschland Zuflucht suchen.
2. Als Zeichen der Menschlichkeit und des andauernden Engagements unserer Stadt und ihrer Bürgerinnen und Bürger erklärt die Stadtverordnetenversammlung Minden zu einem „sicheren Hafen“ für schiffbrüchige Geflüchtete. Als sicherer Hafen ist die Stadt Minden bereit und in der Lage, im Rahmen ihrer Möglichkeiten aus Seenot gerettete Menschen aufzunehmen und unterzubringen. Alle dazu notwendigen Ressourcen, insbesondere in den Bereichen Wohnen, Gesundheit und Bildung sind von Bund und Land NRW zur Verfügung zu stellen.
3. Die Stadt Minden fordert die Bundesregierung, die Landesregierung NRW sowie die zuständigen Behörden auf, bis zur Vereinbarung einer humanitären EU-weiten Aufnahmeregelung für aus Seenot gerettete Geflüchtete zusätzliche Aufnahmeplätze in Deutschland anzubieten. Städten und Gemeinden, die sich dazu freiwillig bereiterklären, soll es dabei künftig ermöglicht werden, diese Menschen direkt aufzunehmen.  
Wir fordern darüber hinaus die Schaffung eines EU-Förderprogramms zur besonderen Unterstützung von Kommunen, die sich um die Aufnahme Geflüchteter aktiv bewerben.

### **Begründung:**

Die Stadt Minden hat mit der Unterstützung zahlreicher Einwohnerinnen und Einwohner sowie zivilgesellschaftlicher Gruppen und Organisationen in den vergangenen Jahren viele Geflüchtete aufgenommen und wird dies auch in Zukunft tun.

Mit Trauer und Entsetzen sehen wir, dass im Mittelmeer nahezu täglich Flüchtende in Seenot geraten und ihr Leben verlieren, weil es keine gemeinsame europäische Seenotrettung gibt und zivile Seenotrettungsinitiativen aktiv daran gehindert werden, im Einklang mit dem internationalen Seerecht Menschen vor dem Ertrinken zu retten.

Unabhängig von den verschiedenen Positionen zur Asyl- und Migrationspolitik, die es in unserer Stadtgesellschaft und auch in der Stadtverordnetenversammlung gibt, bekennen wir uns gemeinsam zum Menschenrecht auf Leben und körperliche Unversehrtheit sowie zum Schutz der Menschenwürde.

Die Bundesrepublik Deutschland und die gesamte europäische Staatengemeinschaft sind aufgefordert

- ihrer humanitären Verantwortung bei der aktiven Seenotrettung gerecht zu werden und nicht länger durch Unterlassung oder gar aktive Behinderung den Tod unschuldiger Menschen in Kauf zu nehmen;
- schutzsuchende Menschen nicht in Situationen zu bringen oder in Länder zurückzuschicken, in denen die Achtung grundlegender Menschenrechte nicht

gewährleistet ist;

- anstelle von Abschottung wirksam die Ursachen von Flucht und Vertreibung zu bekämpfen, um in den Herkunftsländern durch eine aktive Friedens-, Klima- und Entwicklungspolitik die Bedingungen für ein menschenwürdiges Leben zu verbessern.

Als „sicherer Hafen“ leisten wir gemeinsam mit vielen anderen Städten und Gemeinden in Deutschland und Europa einen kommunalen Beitrag zu einer solchen menschenrechtskonformen europäischen Migrationspolitik.